

Reiches führen sollte. Die systematische Zerrüttung Deutschlands durch Frankreich hat aber, wie Ritti ausführt, keinen anderen Erfolg gezeitigt, als die europäische Wirtschaft aus allen Fugen zu bringen und neue Kriege zu fürchtbaren Kriegen und Revolutionen zu schaffen.

Und weshalb dies alles? Warum? Weil Frankreichs Macht noch immer nicht befriedigt ist, weil Frankreich weder auf seine Verbündeten noch auf andere Länder Rücksichten kennt in seinem Streben, seine Macht immer weiter auszubauen, zur Vorherrschafft in Europa.

Der Weltfriedenskongress.

Ein Empfangsabend.

Berlin, 6. Okt. Am Vornam des 23. Weltfriedenskongresses fand heute ein Empfangsabend im Palais Prins Friedrich Leopold statt, an dem außer mehreren deutschen Gästen, wie Professor Suidde, Professor Schäfer, Frau Prinz Max von Sachsen und Aris Kreisler, auch Senator Va Fontaine, Professor Baillon und Barlow erschienen waren.

An Namen der Stadt Berlin beachtete Oberbürgermeister Hoff den Kongress, den er eine Kulturnot ersten Ranges nannte.

In sehr versammlungsartigen Ausführungen, oft von heftig unterbrochen, betonte Frankreich Marcelle Carpi als Vertreterin der internationalen Französinen für Frieden und Freiheit, daß Frankreich nicht das Paris der Senatoren sei, sondern daß das eigentliche Frankreich die Völkervölkerung, republikanisch und pazifistisch, sei.

Reichstagsabgeordneter Erkelens bearbeitete im Namen der Demokratischen Partei den Kongress. Am Namen der Väter für den Völkerbund sprach Oberbürgermeister Dr. Simon, der u. a. betonte, daß, wer pazifistisch sei, auch für den Völkerbund sein müsse, und umgekehrt, wer für den Völkerbund sei, auch pazifistisch sein müsse. (W. T. B.)

Wird Batsch in Potsdam sprechen?

Berlin, 6. Okt. Das Zustehen des geplanten Vertrags des französischen Professors Viktor Batsch in Potsdam ist fraglich geworden. Das Kongressbureau, das den Saal unter ganz anderer Voraussetzung zur Verfügung gestellt hatte, es war geplant, daß ein Oberpolitiker einen Vortrag halten würde — hat die bereits gezeichneten Karten an die Väter für den Weltfriedenskongress zurückgeschickt und erklärt, daß für den heutigen Abend der Saal nicht hergegeben werde.

Von der Potsdamer Polizei sind alle Schutzmaßnahmen getroffen worden.

Europa Jahrhunderte alt ist und zeigt in glänzender Beweisführung, daß nicht Deutschlands, sondern Frankreichs Kriegsgier es war, der immer wieder neue Kriege über Europa gebracht hat und dieses Land in den letzten drei Jahrhunderten bedeutend mehr Kriege geführt hat als alle übrigen Länder der Erde.

Nur die Vereinigten Staaten, meint Ritti, hätten die Möglichkeit, Frankreich zugleich auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet zu bekämpfen, seine Politik zur Umkehr zu zwingen und Europa den Frieden zu geben, den Wilson im Namen des ganzen amerikanischen Volkes versprochen hat.

Das Arbeitslosenproblem vor dem sozialpolitischen Kongress.

Proa, 5. Okt. Auf der achtägigen Plenarsitzung des internationalen Kongresses für Sozialpolitik begann die Debatte über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Delegierter Vazard-Frankreich führte aus, der Abbau aller Zoll- und Zölle wäre einer der obersten Wege zur Beseitigung wirtschaftlicher Krisen.

In der Nachmittagsabteilung sprach zunächst Delegierter Dr. Vukobratovic-Slowakei, der das Vorgehen des Präsidiums kritisierte, welches ihm, dem Vertreter von Millionen Slowenen, nicht das Wort erteilen wollte, angeblich deswegen, weil er eine politische Rede zu halten beabsichtige.

Die Resolution über den Achtstundentag wurde unter dem Vorbehalt des ganzen Kongresses einstimmig angenommen. Die Resolution über die Vertriebskräfte wurde mit 271 gegen 21 Stimmen und die Resolution über die Arbeitslosigkeit einstimmig angenommen. (W. T. B.)

Deutschlands Völkerbundsbeitritt.

Genf, 5. Okt. „Journal de Genève“ erzählt: Man glaubt im Generalsekretariat des Völkerbundes, daß Deutschland im Monat Dezember in den Völkerbund aufgenommen werden wird. Demnach werde für den 10. Dezember eine vier bis fünfstündige Spezial-Sitzung zu diesem Zweck einberufen werden, zu der jeder Völkerbundstaat nur einen Vertreter entsenden wird.

Tiele Meldung würde die bereits am Schluss der Wiener Tagung entstandenen Gerüchte bestätigen, die die zahlreichen Vertreter des deutschen Volkes in Bern, Dr. Müller, als im Auftrag des Reichskanzlers Marx bei dem Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Drumont, und bei dem Präsidenten Wotta bezeichneten. In dieser Vermittlungsfunktion sollen von deutscher Seite auch der Parteigenosse Dr. Müller, der Abgeordnete Dr. Prellschel, und Graf Hermann Kessler, der als Bevollmächtigter des Auswärtigen Amtes auftrat, mitgewirkt haben.

Regiewirtschaft.

Zum Mainzer Unglück.

Frankfurt, 6. Okt. Gegenüber der Darstellung der französisch-belasteten Regie über das Eisenbahnunglück in Mainz veröffentlicht die „Frankf. Zig.“ eine ihr von bahntechnischer Seite ausgegangene Mitteilung, in der es u. a. unter Hinweis auf die Betriebsvorschriften heißt, daß die Verantwortlichkeit für die Abfahrt des Personenzuges in dem besagten Straßenbahnviertel allein der Bahndienstleiter und der Aufsichtsbearbeiter in Mainz Hauptbahnhof übertragen hat. Die beide Franzosen sind. Nach der französischen Bahndienstleiter in Mainz-Züd dürfte nicht ohne Schuld sein.

Die Deckung eines länger als acht Minuten auf freier Strecke haltenden Zuges hat nicht, wie die Franzosen behaupten, mit seiner Vaterne, sondern durch Managementsfehler zu geschehen. Letztere werden aber nur in den seltensten Fällen in einem Regiezuge zu finden sein.

Waren doch sogar die Verbandskassen in Mainz Hauptbahnhof und Mainz-Züd, wie sich bei dem Unfall herausstellte, vollkommen leer!

Die Mainzer Verletzten. Mainz, 6. Okt. Am Militärspital befinden sich achtern noch 11 Verletzte. Man hofft, daß alle Verletzten am Leben bleiben. Ein Teil der Verletzten konnte die Weiterreise antreten. Die bisherigen Ermittlungen- und Vernehmungsprotokolle sind von der französischen Kriminalpolizei den deutschen Behörden übergeben worden.

Domergue kündigt scharfe Steuermaßnahmen an.

Paris, 6. Oktober. Anlässlich einer Automobilausstellung fand gestern in Paris ein Bankett statt, dem außer dem Präsidenten der Republik auch Herriot und fast sämtliche in Paris weilenden Minister beiwohnten. Präsident Domergue hielt eine Rede, in deren Verlauf er sich mit der Finanzkrise beschäftigte. Er hat, erklärte er, zwei Weichenstellungen, um sich nicht darüber klagen zu sein, daß die Frage des öffentlichen Kredites notwendigerweise die Frage des Privatkredites beeinflussen muß, und daß in einem Staat mit unklaren Finanzen die Industrie und der Handel behindert, wenn nicht noch in ihrer Initiative aufgehoben werden.

Barthou künftiger Außenminister. Ein französischer Wiederaufbaukredit. Paris, 6. Okt. Der Minister für die besetzten Gebiete hat in einer gestern gehaltenen Rede mitgeteilt, daß die französische Regierung entschlossen sei, im nächsten Jahre eine große Anleihe für die Wiederaufbauarbeiten aufzunehmen, um hierdurch monatlich 200 Millionen Vargeld für Wiederaufbau zu erhalten.

Alexander Ribot gestorben. London, 6. Okt. Blättermeldungen aus Konstantinopel zufolge ist dort der französische Vertreter der Meerengenkommission und frühere Ministerpräsident Alexander Ribot im Alter von 81 Jahren gestorben. (W. T. B.)

daß ein Eingreifen der Vereinigten Staaten nicht allein eine Notwendigkeit für Europa sei, sondern auch im Interesse Amerikas selbst liege, da dieses nicht ruhig zusehen könne, wenn sein bester Abnehmer, der Europa noch lange bleiben wird, durch die Politik Frankreichs dem Chaos anheimfällt.

Zum Kampf gegen die Kriegsschuldlinge.

Die Deutsche Adelsgenossenschaft erläßt folgende Rundgebung:

„Es besteht bei uns heute kein Zweifel darüber, daß die Lüge von der Schuld Deutschlands am Kriege die letzte Ursache des Unfriedens, der Not und des Elends ist, unter dem das deutsche Volk namenlos leidet. Wenn trotzdem keine der deutschen Regierungen nach der Revolution es gewagt hat, das erprekte Schuldverhältnis zu widerrufen, so war dafür nicht mangelnde Erkenntnis, sondern Mangel an Mut die Ursache.

Denkschrift über die Umsatzbesteuerung. Berlin, 6. Okt. Der Reichsminister der Finanzen hat in einer Denkschrift, die dem Reichstag, dem Reichsrat und dem Vorklämischen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, zu den Problemen der Umsatzbesteuerung Stellung genommen.

Die Denkschrift gibt einen Überblick über den Gang der bisherigen deutschen Umsatzbesteuerung seit 1918. Das deutsche System ist auf dem Grundsatze der Besteuerung jedes Umsatzes aufgebaut. Daneben stehen als Abänderungsvorschläge die Systeme der Fabriks- oder Produktionssteuer.

Die Denkschrift in einem Schlußwort zu dem Ergebnis, daß jedenfalls eine völlige Umstellung des geltenden Systems der besonderen Verhältnisse der deutschen Wirtschaft nicht gerecht werden könne und mit Rücksicht auf die starke Bedeutung des Umsatzsteuerertrages für die deutschen Finanzen nicht erträglich sei. Die vollständige Abschaffung der Umsatzsteuer könnten vollständig nur durch eine allmähliche Senkung des Umsatzsteuerfußes gehoben werden.

Die Vorunterjuchung gegen Loeb eröffnet.

Weimar, 6. Oktober. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Staatsgericht die Vorunterjuchung gegen den gemeinen 27jährigen Präsidenten der Thüringer Staatsbank Loeb eröffnet wegen fortgesetzten Betragens nach §§ 92, 131 und 274 des Reichsstrafgesetzbuches.

„Er redet zu viel.“

Rom, 6. Oktober. Mussolinis achtbare Rede in Mailand in der er u. a. von der Gründung dreier neuer Ministerien in Mailand, Florenz (?) und Bari anknüpft, wird von der Presse lebhaft befürwortet. „Popolo d'Italia“, „Messaggero“ und „Secolo“ billigen Form und Inhalt dieser Rede. „Giornale d'Italia“ aber schreibt, daß Mussolini außerhalb der Verfassung stehe und die konstitutionellen Parteien direkt herausgefordert habe.

Das endgültige schwedische Wahlergebnis.

Stockholm, 6. Okt. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur zweiten Kammer des Reichstages liegt jetzt vor. Die Konservativen haben 64 Mandate erhalten (bisher 62), der Bauernbund 24 (bisher 21), die Liberalen und die Freisinnige Volkspartei zusammen 33 (davon 4 Liberale, 27 Freisinnige, 2 ohne engere Fraktionszugehörigkeit, bisher 31), die Sozialdemokraten 104 (bisher 93) und die Kommunisten 5 (bisher 7). Die Konservativen erhielten etwa 400 000 Stimmen gegen 450 000 bei den Wahlen 1921, der Bauernbund unverändert etwa 190 000, die Liberalen und Freisinnigen 300 000 gegen 390 000, und die Sozialdemokraten und Kommunisten 820 000 gegen 770 000. (W. T. B.)